

Update zu drei Themen unserer ersten neun Monate

Seit neun Monaten präsentieren wir Ihnen nun schon den Newsletter zum Pass-, Ausweis- und Meldewesen mit aktuellen Themen und strittigen Fragen aus der Praxis. Höchste Zeit daher für einen Rückblick und ein erstes „Update“! Immerhin drei unserer Themen waren inzwischen auch Gegenstand von Schreiben des Bayerischen Innenministeriums (StMI). Lesen Sie, zu welchen Themen und mit welchem Inhalt sich das StMI geäußert hat! Hat es allem zugestimmt, was wir geschrieben haben? Hat es zusätzliche Akzente gesetzt? Seien Sie neugierig!

Inhalt

1. Die Hinterlegung von Ausweisen – auch in der Disco eindeutig unzulässig!
([Newsletter Februar 2012](#))
2. Anschriftenänderung beim Personalausweis – Mythen und Realitäten?
([Newsletter Mai 2012](#))
3. Einziehung contra Entwertung – Dürfen ungültige Ausweisdokumente dem Inhaber noch zurückgegeben werden?
([Newsletter Juni 2012](#))

1. Die Hinterlegung von Ausweisen – auch in der Disco eindeutig unzulässig! (Newsletter Februar 2012)

Im Februar 2012 haben wir Ihnen berichtet, dass seit dem 1.11.2010 das Personalausweisgesetz in § 1 Abs.1 Satz 3 folgende Regelung enthält: „Vom Ausweisinhaber darf nicht verlangt werden, den Personalausweis zu hinterlegen oder in sonstiger Weise den Gewahrsam aufzugeben.“ Darüber hinaus wurde klargestellt, dass es zwar einige Ausnahmen von diesem Grundsatz gibt, dass diese Ausnahmen jedoch nicht für Discothekenbetreiber oder andere Privatpersonen gelten (siehe Ziffer 3 des Newsletters).

Viele waren skeptisch, ob diese strikte Linie in der Praxis einzuhalten ist. Denn immerhin war es jahrzehntelang üblich – und auch von den Ministerien gebilligt – dass Jugendliche beim Betreten einer Discothek ihren Personalausweis hinterlegen müssen.

Doch auch das StMI sieht es so, dass diese Praxis nicht mehr fortgeführt werden darf. In seinem Schreiben vom 3.7.2012 (Az. IC2 2023.10-31) führt es aus: „...seit Einführung des neuen Personalausweises darf vom Ausweisinhaber nicht mehr verlangt werden, den Personalausweis zu hinterlegen oder in sonstiger Weise den Gewahrsam aufzugeben (vgl. § 1 Abs. 1 Satz 3 PAuswG). Nur an zur Identitätsfeststellung berechnete Behörden (vgl. § 2 Abs. 2 PAuswG) sowie in den Fällen der Einziehung und Sicherstellung dürfen weiterhin Personalausweise abgegeben werden (§ 1 Abs. 1 Satz 4 PAuswG).“

Als Hintergrund für diese gesetzliche Regelung nennt das StMI im vorgenannten Schreiben, „...dass der mit einer kontaktlosen Schnittstelle ausgerüstete neue Personalausweis sowohl für Authentisierungs- als auch Signaturfunktionen verwendet werden kann. Da beide Funktionen den alleinigen Besitz des Ausweisinhabers als Sicherungsmittel voraussetzen, wurde im Personalausweisgesetz festgelegt, dass vom Inhaber eines Personalausweises nicht verlangt werden darf, diesen für andere als die in § 1 Abs. 1 Satz 4 PAuswG aufgeführten Zwecke aus der Hand zu

geben. Auch eine freiwillige Abgabe an Dritte sollte nicht erfolgen.“

Damit wird das bestätigt, was wir in unserem Newsletter ausgeführt hatten: Jugendschutz ist natürlich wichtig, aber auf das Hinterlegen von Ausweisen dürfen Discotheken dabei nicht mehr zurückgreifen. Die Jugendämter beraten dazu, was Discotheken (aber auch andere Durchführende öffentlicher Veranstaltungen wie etwa Vereine) stattdessen tun können.

2. Anschriftenänderung beim Personalausweis – Mythen und Realitäten (Newsletter Mai 2012)

Unter Punkt 4 dieses Newsletters haben wir uns mit der Frage beschäftigt, ob durch die aktuell zuständige Ausweisbehörde eine Mitteilung über die Anschriftenänderung an die Behörde zu erfolgen hat, die den Ausweis ausgestellt hat und ob diese ausstellende Behörde die Änderung in ihrem Ausweisregister erfassen muss oder nicht.

Unser Ergebnis war: „Weder Personalausweisgesetz oder Personalausweisverordnung noch die aktuell anwendbare Version der „Vorläufigen Hinweise zur Durchführung des Personalausweis- und Passgesetzes“ vom 26.09.2011 (vorläufige Hinweise) enthalten eine Pflicht zur Mitteilung einer Anschriftenänderung durch die nach einem Umzug zuständige Behörde an die ausstellende Behörde. Ebenso ist nirgendwo die Speicherung bzw. Fortschreibung der aktuellen Anschrift im Personalausweisregister der ausstellenden Behörde vorgesehen.“

Das StMI hat diese Auffassung in einer Mail vom 25.07.2012 (IC2-2023.10-40) bestätigt. Es führt ebenfalls aus:

„Eine Pflicht zur Fortschreibung des Personalausweisregisters der ausstellenden Personalausweisbehörde bzw. eine generelle Pflicht zur Übermittlung der neuen Anschrift besteht nicht. Weder im Personalausweisgesetz (s. § 10 Abs. 9, § 11, § 23

PAuswG) noch in der Personalausweisverordnung (s. § 4, § 19 PAuswV) findet sich eine entsprechende Vorschrift.“

Darüber hinaus „...wird die Anschriftenänderung im Handbuch für Personalausweisbehörden auf S. 55 bis S. 57 dargestellt. Von einer Information der ausstellenden Behörde ist auch hier nicht die Rede.“

Lediglich für den Fall, dass ein gesperrter Ausweis entsperrt werden muss, benötigt die ausstellende Behörde die aktuelle Anschrift des Ausweisinhabers, da diese „der ausstellenden Behörde im Regelfall nicht bekannt ist“. Deshalb „...wurde bei der Datenübermittlung im Falle der Entsperrung (Ziffer I.11 der vorläufigen Hinweise) die Übermittlung der aktuellen Anschrift mit aufgenommen. Denn bei der Entsperrung leitet die ausstellende Personalausweisbehörde der Ausweisinhaberin/dem Ausweisinhaber die Bestätigung der Löschung zu (vgl. § 26 Abs. 3 PAuswV).“

Nur in diesem Sonderfall ist also der ausstellenden Behörde durch die (jetzt) zuständige Behörde die Anschrift mitzuteilen – aber eben nicht bei jeder Anschriftenänderung.

Nachdem immer noch hartnäckig „Mitteilungen über die nachträgliche Änderung der Anschrift eines Personalausweises“ durchs Land versendet werden, nochmals der Appell: Bitte sparen Sie sich (in der zuständigen Behörde) und Ihren Kollegen (in der betroffenen ausstellenden Behörde) die Zeit und übermitteln Sie solche überflüssigen Mitteilungen nicht mehr – und zwar auch dann nicht, wenn das entsprechende Formular noch immer in ihrem EDV-Verfahren angeboten wird!

Sollten Sie als ausstellende Behörde von diesen Meldungen betroffen sein, können Sie selbstverständlich die Kollegen darauf ansprechen – aber seien Sie gnädig! Denn keiner von uns ist davor gefeit, morgen andere nicht erforderliche oder gar falsche Nachrichten durch's Land zu schicken – zu kompliziert sind die Regelungen, die man jeden Tag im Kopf haben und beachten muss!

3. Einziehung contra Entwertung – Dürfen ungültige Ausweisdoku- mente dem Inhaber noch zurück- gegeben werden? (Newsletter Juni 2012)

Anlass dafür, das Thema in diesem Newsletter zu behandeln, war eine Anfrage bei uns, in der berichtet wurde, dass seit einem Update eines im Einwohnermeldewesen weit verbreiteten EDV-Verfahrens nun offenbar generell keine Dokumente (gleich welcher Art) mehr mit einem verfahrensbedingten Hinweis versehen werden konnten, dass diese entwertet und dem Ausweisinhaber belassen wurden (siehe Ziffer 5 des Newsletters).

Fazit des Newsletters war, dass (bei Vorliegen eines berechtigten Interesses) neben den Personalausweisen nach „altem Muster“ auch weiterhin

- vorläufige Personalausweise,
- Kinderausweise / Kinderreisepässe,
- Reisepässe sowie vorläufige Reisepässe

(in der Regel entwertet) an ihre Inhaber zurückgegeben werden können. Für „neue“ Ausweise mit Chip sieht die Sache freilich anders aus.

Denn bereits aus einem Schreiben des Bundesinnenministeriums vom 22.02.2012 ging eindeutig hervor, dass diese Regelung (aufgrund der „Chip-Problematik“) nur die „neuen“, seit dem 01.11.2010 ausgestellten Personalausweise betraf. Auch im Entwurf der „Vorläufigen Hinweise zur Durchführung des Personalausweis- und Passgesetzes“ in der Fassung vom 05.03.2012 hatte diese Regelung unter Nr. I.17 Aufnahme gefunden und war noch dahingehend präzisiert worden, dass „ein Personalausweis mit integriertem Chip (neuer Personalausweis) einzuziehen“ ist und (nur!) Personalausweise nach „altem Muster“ (weiterhin) entwertet wieder ausgegeben werden können.

Unsere Recherchen vor dem Juni-Newsletter ergaben damals tatsächlich, dass nach einem Update, das kürzlich stattgefunden hatte, das EWO-Verfahren eines großen Verfahrensherstellers tatsächlich keine Möglichkeit mehr vorsah, bei

Personalausweisen den verfahrensbedingten Hinweis zu speichern, dass ein Personalausweis entwertet zurückgegeben wurde. Bei allen anderen Dokumenten war dieser verfahrensbedingte Hinweis dagegen weiterhin möglich. Durch eine entsprechende Änderung in diesem EWO-Verfahren, die jeder Benutzer durchführen kann, ist zudem auch weiterhin möglich, die „entwertete Rückgabe“ an Inhaber von Personalausweisen nach dem bisher gewohnten alten Muster zu speichern. Damit schien im Ergebnis alles klar.

Dennoch sah sich das StMI veranlasst, in einer Mail vom 05.07.2012 (Az. IC2-2021.10-59) darauf hinzuweisen, „...dass nach dem uns vorliegenden letzten Entwurf der vorläufigen Hinweise zur Durchführung des Personalausweis- und Passgesetzes des Bundesministeriums des Innern vom März 2012 bei der Ausgabe eines Personalausweises ein Personalausweis mit integriertem Chip (neuer Personalausweis) einzuziehen ist ...“ und (nur) ein Personalausweis nach altem Muster entwertet wieder ausgehändigt werden kann...

Darüber hinaus führt das Bayer StMI aus:
„Hinsichtlich der Entwertung von Reisepässen, Kinderreisepässen und vorläufigen Reisepässen ist nach Ziffer 6.3.3.3 PassVwV zu verfahren, wonach auf Wunsch der antragstellenden Person eine Entwertung erfolgen kann.“

Damit ist die Verfahrensweise, die wir vorgeschlagen haben, sozusagen amtlich bestätigt und etwaige Zweifler können beruhigt sein.

Eugen Ehmann und Matthias Brunner